

„Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. wöchentlich 30 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Angewiesen werden in der Reichshausverwaltung, Berlin, Postfach 1100, die Briefetale für den Vertrieb in den Provinzen. Die wöchentliche Postzeitung kostet 20 Pfennig, die Halbjahreszeitung 10 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Brieße, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Aleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 204 Postfachkonto: Berlin 62 448. Sonnabend, den 25. Dezember 1926 Postfachkonto: Berlin 62 448. 25. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

1 Einkaufsbescheinigung (Hilf) mit Inhalt als verloren gemeldet. Die über den Teil der Flora-Allee, von der Albert-Allee bis zur Tränkebrücke verhängte Sperre wird hierdurch aufgehoben. Birkenwerder, den 24. Dezember 1926. Der Amtsvorsteher. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Sammlung. Allen denen, die durch freundliche Spenden beigetragen haben zur Weihnachtsgeschenke der Pflegebedürftigen der Gemeinde, sage ich hiermit meinen ergebensten und herzlichsten Dank.
Arbeitsnachweis. Mit Rücksicht auf die andauernde große Arbeitslosigkeit in der hiesigen Gemeinde bitte ich alle Arbeitsgeber dringen, bei Bedarf von Arbeitskräften hier an den hiesigen Arbeitsnachweis, Rathaus, Zimmer 25, zu wenden. Birkenwerder, den 24. Dezember 1926. Der Gemeindevorsteher. Blank.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Dem Herrn Paul Sattlerberg ist die polizeiliche Genehmigung erteilt, auf seinem Grundstück hierorts, von Völkermittstraße 9, Selbstschüsse legen zu dürfen. Vergleibe, den 24. Dezember 1926. Der Amtsvorsteher. Bors.

Der deutsche Protest in Paris.

Hochs bei Versailles. Der angekündigte Protest der Reichsregierung gegen das Landauer Urteil ist bereits am Mittwoch durch den Vorkämpfer v. Hochs dem Pariser Auswärtigen Amt übermittelte worden. Briand hatte es vorgezogen, sich nicht sprechen zu lassen. Ueber den deutschen Gehalt wird offiziell berichtet:

Der deutsche Vorkämpfer Herr v. Hochs hatte im Verlaufe des Mittwoch eine eingehende Aussprache im französischen Außenministerium über das Urteil des Kriegsgerichts in Landau. Er brachte in der Unterredung die er in Absicht der französischen Außenminister wegen der Gleichberechtigung mit dem Generalkonferenz Herrn Verhelot hatte, die Auffassung der deutschen Reichsregierung, sowie die Stimmung der deutschen öffentlichen Meinung über das beklagenswerte Urteil zum Ausdruck. Generalkonferenz Verhelot sagte zu, den Inhalt der Unterredung unverzüglich zur Kenntnis seines Chefs und des französischen Ministerpräsidenten zu bringen. Eine Note wurde nicht überreicht.

Das Landauer Urteil ist inzwischen, soweit Rouzier in Frage kommt, rechtskräftig geworden, da die 24 stündige Einspruchsfrist abgelaufen ist. Im Interesse der deutschen Beurteilten beschäftigt sich die juristische Abteilung des Auswärtigen Amtes mit den Schritte vorzubereiten. Ferner ist ein Vertreter des Reichskommisariats der besetzten Gebiete in Berlin eingetroffen, um über die Verhandlungen mit der Rheinlandkommission zu berichten. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß das Rechturteil gegen die Deutschen unbedingt revidiert werden muß. In Paris scheint man schließlich geneigt zu sein, eine Begnadigung der verurteilten Deutschen einzutreten zu lassen.

Deutscher Protest in Paris.

„Die Verständigungspolitik erschwert und gefährdet.“

In Berlin hat das Urteil den denkbar ungünstigsten Eindruck hervorgerufen. Vorkämpfer v. Hochs wurde beauftragt, bei der französischen Regierung Vorstellungen wegen des Falles Rouzier zu erheben, um alle juristischen Möglichkeiten zu erschöpfen. Ebenso sind durch den Reichskommisсар für die besetzten Gebiete, Freih. Langwerth von Simmern, bei der Rheinlandkommission Vorstellungen erhoben worden, welche von dieser an die französische Regierung weitergegeben werden dürften.

Beide Vertreter wiesen darauf hin, daß die gesamte Verständigungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich durch derartige Vorfälle wie den Freispruch des Leutnants Rouzier als das schwerste Bedrohung wird.

Die deutschen Vorstellungen in Paris und Koblenz mußten so rasch erfolgen, weil nach französischem Recht etwaige Einsprüche gegen ein Urteil binnen 24 Stunden einzureichen sind. Das französische Revisionsgericht, an das appelliert werden müßte, sitzt in Paris. Das Revisionsgericht kann das angefochtene Urteil nur daraufhin prüfen, ob es aufgehoben und ob die nachmalige Entscheidung einem anderen Gericht überwiegen werden soll. Bei der Beantwortung dieser Frage kann es sich nur auf formale Fehler

stützen, ferner auf die Kränkung der Frage, ob die zum Schutze des Angeklagten erlassenen gesetzlichen Bestimmungen auch beobachtet worden sind. Eine Revision ist nur bei mangelnder Zuständigkeit möglich.

Eine Erklärung Dr. Vells.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Vell gab einem Vertreter des Wolff-Bureaus eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Jeder, der der Beweisaufnahme vor dem französischen Gerichte folgte, ist die Schuld Rouziers klar hervorgetreten. Zudem dieser Freispruch der der Gerechtigkeit doppelt schreit. Diese Verhältnisse sind einfach untragbar. Wenn das Leben der Einwohner des Kriegsgebietes so leicht wiegt, so fällt sich die Bevölkerung in einem Zustand der Rechtlosigkeit, der im schrecklichsten Maße liegt zu den Bemühungen der letzten zwei Jahre, eine Rechtsordnung des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich zu schaffen. Am ganzen Volke können solche unbegreiflichen Vorkommnisse nur als ein Schlag gegen die Verfassungskonstitution wirken. Alle Deutschen müßten aus dem Landauer Urteil die Lehre ziehen, daß wir keine dringendere Aufgabe haben, als die unserer Volksgenossen am Rhein die Freiheit und dem deutschen Staat die volle Souveränität in jenem Gebiete wiederzugeben. Diesen Appell richte ich an das ganze deutsche Volk.“

Wir erwarten, daß die berufenen französischen Instanzen gerade im Landauer Falle alles tun, um das begangene Unrecht wieder aus zu machen. Die einzige Sicherheit gegen die Wiederkehr solcher die Weltöffentlichkeit beider Länder schwer gefährdender Vorkommnisse bietet aber die absolute Beilegung der Beisagna.“

Ein Protesttelegramm an Briand.

Die deutschen Pressevertreter in Landau haben unter dem freigen Eindruck des ungeheuerlichen Urteils an Briand folgendes Protest-Telegramm geschickt:

„Die antilich des Rouzier-Prozesses in Landau anwesenden deutschen Pressevertreter protestieren als Angehörige und Christen einmütig gegen das unerbittliche Urteil des Kriegsgerichts des St. Marcels. Der Freispruch Rouziers ist eine schwere Verletzung des Rechtsempfindens des deutschen Volkes und der gesamten zivilisierten Welt.“ Die deutschen Pressevertreter.

Ein Notizbuch der Pfalz.

Der pfälzliche Reichstagsabgeordnete Herrmann Hofmann hat an den Reichstagskanzler Dr. Marx ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Das nach allem in ein Rechtseinigen unbegreifliche Urteil des französischen Kriegsgerichts in Landau, nach welchem die schuldigen Franzosen freigesprochen und schuldlose Deutsche mit schweren Strafen belegt wurden, hat in der gesamten pfälzischen Bevölkerung höchste Erregung und scheinbare Entzündung hervorgerufen. Als pfälzischer Reichstagsabgeordneter fühle ich mich verpflichtet, Sie, Herr Reichstagskanzler, von dieser Stimmung und Auffassung der pfälzischen Bevölkerung telegraphisch zu unterrichten und dringend zu bitten, alle irgendwie geeigneten Schritte zu tun, um einerseits dieses himmelsstreichende Unrecht beseitigen zu helfen, und andererseits, um baldige vollständige Verurteilung des besetzten Gebietes von fremder Macht zu erreichen.“

Die Chauvinisten sind zurück.

Die meisten Pariser Blätter schweigen sich noch immer über das Landauer Urteil aus, während die nationalstatische Presse das Urteil nicht nur zu entschuldigen sucht, sondern es zum Teil sogar verherrlicht.

Im Anhang ist heißt es: Wenn wir auch diesmal nachgeben, wenn wir die militärischen Richter in irgendeiner Form desavouieren, dann heißt das soviel als eine Politik des Verzichts und der Weichheit zu betreiben.

In der Victoire schreibt Gustave Hervé, die deutsche Presse müsse entschuldigen, aber wenn man eine Okkupation von 4 1/2 Jahren erduldet habe, dann solle man die Dinge ganz anders auf, als die, die in ein Land einfallen sind und geplündert und erdolcht haben.“

Er könne nur die Versicherung abgeben, daß niemand in Frankreich mit Ausnahme von einigen berufsmäßigen Vertretern des linken Pazifismus, anachetis des Freispruches des Leutnants Rouzier irgendeinerlei Empfinden habe und daß das Urteil mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen werde.

Gautouis leuchtet, daß der Fall Rouzier mit der Beilegungsfrage verbunden werden kann, erklärt er dann: Einerseits kann das Urteil von Landau, ob es ist oder nicht ist auf alle Fälle vor ein anderes Gericht, so sogar vor ein internationales Schiedsgericht gebracht werden, da Frankreich und Deutschland Schiedsgerichtsverträge unterzeichnet haben und da beide Länder dem Willkommene angehören.

Der der Regierung nahestehende Petit Partien mit dem Sinn der Entlassung in Deutschland nicht bezweifeln und erklärt, die wahre Ursache des großen Unrechts könne man leicht erraten. Das höchste nicht so sehr darum, die wenig interessanten, in Landau verurteilten Persönlichkeiten zu verurteilen, als vielmehr darum, in möglichst kurzer Frist die Räumung der Rheinlande zu erreichen. Um zu diesem heil erwünschten Ziel zu gelangen, verfinde man sich, da Ueberredungsmittel sich als ohnmächtig erwiesen hätten, durch einen logenanneten Skandal Frankreich einzuschließen.

Die Kritik der Linksblätter.

Soweit sich die Linksblätter dazu äußern, verurteilen sie das Urteil:

„Die Nouvelle schreibt: Das Urteil von Landau ist kein richterliches Urteil. Noch mehr als das, es ist ein politisches Urteil. Wir werfen dem Gericht nicht vor, daß es den Leutnant Rouzier nicht ins Gefängnis geworfen hat. Wir werfen ihm aber vor, daß es durch den Freispruch des Rouziers und durch die Beurteilung der Deutschen seine Pflicht gegenüber dem Lande und gegenüber der Gerechtigkeit verfehlt hat.“

„L'Action erklärt: In dieser Angelegenheit von Rouzier sind es die Sieger, die geirrt haben. Das ist alles. Es ist übrigens von Herz, daß das Urteil von Landau von niemand angenommen wird. Nicht einmal von der französischen Regierung, die unerschütterlich Reaktionäre Maßnahmen für die verurteilten Deutschen ergreifen wird und wir werden diese Geißeln, sobald sie erloscht sein wird.“

„Auch das radikale Blatt Voltaire schreibt, die Dinge könnten so nicht bleiben. Der gemeinschaftliche Freispruch von einem Mann der Kriegsverbrechen in Landau und schreibt dann: Es ist ein laubiges Urteil, das unannehmliche Nachwirkungen für die deutsch-französischen Beziehungen haben kann. Man hätte allenfalls verziehen können, daß dieser Prozeß mit einem allgemeinen Freispruch endete, aber die Beurteilung aller deutschen Angeklagten und der Freispruch von Leutnant Rouzier ist ein Skandal.“

Der Reichshaushalt für 1927.

Der Reichstag erledigte in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten die letzten vom Reichstag verabschiedeten Gesetze, darunter den Nachtragset für 1926. Ministerialdirektor Sachs berichtete dann über die Haushaltsbeschlüsse des Reichstags über den Reichshaushaltsplan für 1927. Nach dem Entwurf schließt er in Einnahme und Ausgabe mit 8,5 Milliarden Reichsmark ab, wovon 7,9 Milliarden auf den ordentlichen Haushalt entfallen. Der außerordentliche Haushalt weist einen Ausgabenbedarf von 509,5 Millionen Reichsmark auf, von denen 8,11 Millionen Reichsmark durch eigene Einnahmen gedeckt werden sollen, während 501,3 Millionen Reichsmark auf Anleihen verwiesen sind. Da während der Ausgabeberechnung ein Mehrbedarf von 8,3 Millionen Reichsmark eingetreten ist, so erhöht sich dadurch der Anleihebedarf auf 509,6 Millionen Reichsmark. Durch die vom Reichstag im außerordentlichen Haushalt des Reichsverkehrsministeriums für 1927 genehmigten Beträge von 18,8 Millionen Reichsmark, die vom Reichstag genehmigt sind, steigt der Anleihebedarf auf 528,4 Millionen Reichsmark. Die Reichsfinanzverwaltung verfügt bereits für 1926 über einen Anleiheertrag von rund einer Milliarde Reichsmark, zu dem noch ein Anleiheertrag von zehn Millionen aus dem Rechnungsjahr 1925 hinzutritt.

Wenn der Entwurf mit 8,5 Milliarden Reichsmark im wesentlichen in der gleichen Höhe abschließt, wie der Reichshaushaltsplan für 1926, der einschließlich des jenseits vom Reichstag verabschiedeten Nachtrages an Ausgaben und Einnahmen auf 8,6 Milliarden kommt, so zeigt dies, daß im Rechnungsjahr 1927 die Reparationszahlungen aus dem Haushalt um 348,5 Millionen Reichsmark steigen, daß an anderer Stelle Einsparnisse gemacht worden sind.

Von den fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Haushaltes sind für die unterhaltende Eisenbahnen für den 200 Millionen Reichsmark, für die produktive 50 Millionen Reichsmark im Haushaltsplan ausgeworfen, für Zuschüsse des Reiches zu den Inhabern 199,8 Millionen Reichsmark.

Die nächste Sitzung des Reichstags wird am 13. Januar stattfinden.

Seefahrt tut not.

Dr. Luther beim Bremer Senat.

Bei einem Frühstück, das der Bremer Senat zu Ehren des früheren Reichstagskanzlers Dr. Luther gab, führte dieser in Erwiderung der Ansprache des Bürgermeister Dr. Donandt u. a. aus:

„Navigare necesse est, vivere non est necesse!“ (Schiffahrt tut not, zu leben ist nicht notwendig.) Dieses navigare necesse est ist mir härter als je zum Besuche gekommen, und ich glaube, es geht mit der deutschen Seefahrt draußen auf für den seelischen und einfachen Beobachter so tatkräftig und wirkungsvoll voran, daß man die neuesten Entschlüsse des Norddeutschen Lloyd, die vom letzten Vertraten in die Zukunft zeigen, völlig in sich aufzunehmen vermag. Aber die Seefahrt ist es ja nicht allein, und hier möchte ich dem alten Bremer Spruch zwar nicht widersprechen, ihm aber eine weitere Ausdeutung geben: Zum navigare gehört vivere und zwar das vivere aber See. Unsere Seefahrt ist in härtesten Maße dadurch getragen, daß die ganze deutsche Wirtschaft drüben feste Anknüpfungspunkte gefast und gefunden hat. Ich habe in vielen Unternehmungen, die ich beabsichtigt habe, besonders natürlich in denen, wo deutsche Männer, sei es als Eigentümer, sei es als Leiter tätig waren, ganz